



Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.
Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Preis pro Nummer 15 Pfennige.

Zu beziehen durch unsere Funktionäre.

Redaktion und Verlag:
Berlin O. 27, Schilderstraße 5.
Fernruf: Alexander, 3007.

Das Mitteilungs-Blatt kann bei jeder Postanstalt bestellt werden. Bezugspreis 2,10 Mk. pro Vierteljahr inklusive Bestellgeld.

Nr. 37.

Berlin, den 15. Dezember 1918.

13. Jahrgang.

An die Partei!

Parteigenossen und Parteigenossinnen!

Die Nationalversammlung ist vorbehaltlich der Zustimmung der Reichsversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte, die am 16. Dezember d. J. zusammentritt, auf den 16. Februar einberufen worden. Die endgültige Entscheidung ist also in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte gelegt worden. Dieses geschah auf Betreiben unserer Genossen im Rat der Volksbeauftragten.

Wir müssen uns jedoch schon jetzt politisch so einrichten, als ob der Termin bereits feststünde.

Stolz geht die Partei in den Wahlkampf. Unbesiegt hat sie das rote Banner erhalten. Als alle anderen Parteien vor dem Imperialismus kapitulierten, als sie zu Mitschuldigen des größten Verbrechens der Geschichte wurden oder sich feig duckten vor den entfesselten Geistern des Nationalismus und der Beutegier, da stand sie fest und unerschütterlich zu den Prinzipien des Sozialismus und der internationalen Solidarität. Als die Politik der alten Sozialdemokratie immer weiter abwich von den Pflichten, deren Erfüllung das Klasseninteresse des Proletariats gebieterisch forderte, als uns durch Gewalt und List das Wirken für den Sozialismus unmöglich gemacht wurde, da haben wir die alte Partei, an deren Größe wir unablässig mitgearbeitet haben, verlassen. Höher als die Partei stand uns der Sozialismus, die Sache des deutschen und des internationalen Proletariats.

Seither haben wir einen mühevollen, unablässigen und furchtlosen Kampf geführt, damit die Macht des deutschen Proletariats nicht in den Dienst der Verlängerung des unseligen Krieges gestellt werde, haben wir alles darangesetzt, daß die Arbeiterklasse aus einem Instrument des Krieges zu dem Bringer des Friedens werde.

Unsere Arbeit hatte Erfolg. Der Kampf gegen den Krieg war Arbeit für die Revolution. Bekämpft von allen Parteien, nicht zuletzt von den Rechtssozialisten, war die Unabhängige Sozialdemokratie die Trägerin des revolutionären Ge-

danpens, den die Arbeiter- und Soldatenräte dann in kühner Tat verwirklicht haben.

Der 9. November hat unser Werk gekrönt. Deutschland ist eine sozialistische Republik. Sie gilt es zu sichern. Ihrem Ausbau gilt nun unsere Arbeit.

Noch sind die Mächte des Alten nicht völlig gebrochen. Die Konterrevolution erhebt ihre Haupt und versucht ihre ersten Schritte. Ihr gilt jetzt der erste Kampf. Die Träger des gestürzten Systems müssen sofort beseitigt werden, alle Mittel ergriffen werden, um die Errungenschaften der Revolution zu sichern und zur Vollendung der sozialistischen Republik zu steigern.

In unerschütterlichem Festhalten an unseren sozialistischen Prinzipien, deren Richtigkeit der Verlauf der historischen Entwicklung immer von neuem bestätigt, fordern wir den Neuaufbau der Gesellschaft.

Wir fordern den unverzüglichen Beginn der Sozialisierung, damit die kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse gebrochen, die Produktion auf das höchste Maß gesteigert, die Verteilung zugunsten der Gesamtheit der Volksgenossen umgestaltet werde.

Wir treten ein für die möglichst schnelle Umwandlung des kapitalistischen Klassenstaates in die sozialistische Gesellschaft, auf daß das Reich der Freiheit an Stelle des Reiches der Knechtschaft und der Ausbeutung errichtet werde.

Wir dürfen mit den Vorbereitungen keinen Tag zögern.

Ein großes Stück Aufklärungsarbeit ist zu verrichten. Die Frauen nehmen zum erstenmal an einer politischen Wahl von größter Bedeutung teil, und sie bilden die Mehrzahl der Wähler.

Die Soldaten sind zu Millionen dem politischen Leben jahrelang entrückt gewesen.

Die Militärdiktatur hat über vier Jahre auch im Inlande jede freie Meinungsäußerung unterdrückt, hat namentlich die Unabhängige Sozialdemokratische Partei an der Ausbreitung ihrer Anschauungen verhindert.

In der kurzen Spanne Zeit bis zum Wahltermin gilt es mit aller Kraft die Wähler über die wichtigsten politischen Tatsachen, über die Grundzüge des Sozialismus zu unterrichten. Kein Tag darf ungenützt verstreichen.

Ihr müßt aber auch schon jetzt mit der Organisationsarbeit beginnen. Das Wahlgesetz hat die Wahlbezirke scharf umgrenzt und die Zahl der Kandidaten für jeden Wahlbezirk nach einem gleichen Maßstab festgesetzt.

Die Auswahl der Kandidaten hat im Einvernehmen aller unserer Parteiorganisationen der Wahlbezirke zu erfolgen. In jedem Wahlbezirk sind besondere und vollständige Listen der U.S.P.D. aufzustellen. Besonderes Augenmerk ist darauf zu richten, daß Arbeiter, die das Vertrauen ihrer Mitarbeiter in den Betrieben genießen, als Kandidaten aufgestellt werden.

Es handelt sich nicht um die Wahl zu einem Jahre hindurch tagenden Parlament. Unsere Parteigenossen, die in Fabriken, Kontoren, Geschäften, Werkstätten, und die auf dem Lande tätigen Arbeiter und Angestellte sind deshalb durch nichts gehindert, als Vertreter in die Nationalversammlung einzutreten.

Die Frauen, die bis jetzt Schulter an Schulter mit dem Manne für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse gewirkt haben, sind in gleicher Weise wie die Männer zur Vertretung des sozialistischen Proletariats in die Nationalversammlung zu entsenden. Der Wichtigste ist zu wählen ohne Rücksicht, ob Mann oder Frau.

Der Streit, wann die Konstituante zusammentreten soll, ist jetzt ein müßiger. Jetzt gilt es, die politische Situation auszunutzen, im Interesse der Arbeiterklasse zum Siege der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

Auf, Genossen und Genossinnen, ans Werk! Es geht um die Sicherung und den Ausbau der sozialistischen Republik! Es geht um das Ganze!

Die Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Schicksalsstunde der Arbeiter- und Soldatenräte.

Berlin, den 12. Dezember 1918.

In der kommenden Woche tritt in Berlin die Delegiertenkonferenz der deutschen A.- und S.-Räte zusammen. Es ist eine bedeutende Tagung. Finden sich doch zum ersten Mal die Vertreter der revolutionären Kräfte Deutschlands zu gemeinsamer Beratung zusammen. Leider ist zu befürchten, daß dieser erste Nationalkongreß der deutschen A.- u. S.-Räte auch ihr letzter sein wird. Denn von allen Seiten wird der Kampf geführt gegen das Räteystem überhaupt. Wenn dieses System als Kind der Revolution weiter wachsen und gedeihen soll, müßte die Delegiertenversammlung vom 16. Dezember der Anfang eines systematischen Ausbaues einer ganz Deutschland umfassenden A.- u. S.-Verfassung sein. Sie müßte den Ausgangspunkt bilden, von dem aus, aus Schutt und Trümmern, ein neues, proletarisch-sozialistisches Deutschland entstehen könnte. Aber sehr viele Vertreter des Räteystems sind sich dessen Bedeutung und dessen Aufgaben wohl kaum bewußt ge-

worden. Sonst würden sie in den allgemeinen Schrei nach der Nationalversammlung nicht mit einstimmen. Immer wieder muß betont werden: das Zustandekommen der Nationalversammlung bedeutet die Todesstunde, zum mindesten aber die hoffnungslose Verkrüppelung der A.- u. S.-Räte. Denn darüber muß man sich klar sein: die Nationalversammlung ist die Auferstehung des alten, bürgerlichen Parlamentarismus mit all seinem Redegeplätscher und seiner beschränkten Parteipolitik.

Als das deutsche Volk noch auf die Parole „Gott strafe England“ usw. eingedrillt war, war es ein besonderer Sport der bürgerlichen Kreise und der Mehrheitssozialisten, auf die Verkommenheit und die politische Anzulänglichlichkeit der Demokraten des Westens und auf die korrupten Zustände ihrer Parlamente hinzuweisen. Jetzt erklären dieselben Leute, daß die Nationalversammlung, d. h. eine Demokratie genau nach der

Schablone der kapitalistischen Länder des Westens, das einzige Heilmittel Deutschlands sei. In Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß die reaktionären und kapitalistischen Klassen, daß all die, die an bestimmten Klassen- und Standesprivilegien festhalten, daß vor allem auch die Sozialdemokraten, die schon während des Krieges so stark von bürgerlichen Anschauungen und bürgerlichen Tendenzen durchdrungen waren, daß sie noch bis Anfang November 1918 auf die Politik des 4. August schworen, — daß all diese Elemente sich nur behaupten können, wenn das deutsche Volk sich als Grundlage seines künftigen Staatslebens die Demokratie und den Parlamentarismus nach alter, bürgerlicher Schablone aufschwahn läßt.

Wenn Deutschland wirklich eine sozialistische Republik sein will, d. h. wenn die wirklich treibenden Kräfte der Revolution, die Arbeiter, (die Soldatenmassen werden ja auch in absehbarer Zeit in den Reihen des Gesamtproletariats auf-

gegangen sein) auch die ausschlaggebende Rolle in Staat und Gesellschaft spielen sollen, dann kann das nur durch das Räteystem geschehen. Der Aufbau einer neuen Staatsform in wirklich revolutionärem und sozialistischem Sinne, das große und schwierige Werk der Sozialisierung, die Umbahnung neuer, das ganze Volk hebender Kulturmöglichkeiten, all das kann nur gewährleistet werden durch eine Verfassungsreform, auf der die ökonomischen und politischen Interessen des Proletariat zusammenfallen. Eine Verfassungsgrundlage, die den Männern und Frauen des werktätigen Volkes alle 2 Jahre oder günstigsten Falles alljährlich einen Stimmzettel in die Hand drückt und sie dann wieder zur politischen Passivität verurteilt, ist nicht dazu angetan, dem Proletariat die Früchte der Revolution reifen zu lassen.

Die bürgerlichen Schichten und die verbürgerlichten Sozialisten wissen auch sehr gut, welche Gefahr ihnen vom Räteystem droht. Daher die systematische Fehlzug, die Verleumdungen und Lügen gegen die A.- u. S.-Räte. Es soll ruhig zugegeben werden, daß in den ersten 4 Wochen der revolutionären Bewegung manches ungeschickt und kurzfristig von den A.- u. S.-Räten angefaßt worden ist, ja, daß sogar hier und da unsaubere Elemente in ihnen eine Rolle spielen konnten. Aber all dieses sind Kinderkrankheiten, die sehr bald durch einen systematischen Ausbau und eine entsprechende Aufklärung überwunden werden können. Der Kampf der bürgerlichen und Mehrheitssozialistischen Welt richtet sich aber garnicht gegen die Unzulänglichkeiten des Räteystems, sondern gegen dieses System überhaupt.

In den letzten Wochen hat man besonders eine Waffe gegen die Arbeiter- und Soldatenräte angewandt: man sagt, die Entente wird mit dem deutschen Volk keinen Frieden schließen, solange es bei ihm A.- u. S.-Räte gibt. Eine authentische Äußerung der Ententeregierungen zu dieser Frage liegt nicht vor. Aber in geradezu hysterischer Weise bemüht sich die bürgerliche und mehrheitssozialistische Presse, dem Auslande gegenüber das Räteystem zu diskreditieren und auf dunklen Schleichwegen den kapitalistischen Kreisen der Entente zu suggerieren, daß es unter dem Räteystem eine verhandlungsfähige deutsche Regierung nicht geben könne. Neben bestimmten großkapitalistischen Kreisen sind es besonders die Klerikalen, die auf diese Weise mit allen Mitteln jesuitischer Gerissenheit die öffentliche Meinung des Auslandes bearbeiten. Müssen sie doch befürchten, daß es in einem sozialistischen Staatswesen mit ihrer Herrschaft über die Geister vorbei ist. Die Klerikalen haben ja genügend Verbindungen im Auslande, um durch das Sprachrohr der ausländischen Presse Stimmung gegen die deutschen A.- u. S.-Räte zu machen. Eine vertrauliche Mitteilung von Köln, Berlin oder sonst wo aus genügt, um in Amsterdam oder in London eine geistesverwandte Reaktion zu finden, die ohne Bedenken die Hehnotizen gegen die deutschen A.- u. S.-Räte in die Welt schickt. Die großkapitalistischen Beziehungen, die ja schon während des Krieges nicht ganz abgetrennt waren, ermöglichen ein Vorgehen in gleicher Richtung, und da drüben im Auslande die französischen und englischen Kapitalisten genau so Angst um ihren Geldschrank haben wie die deutschen, da sie weiter fürchten müssen, daß das böse Beispiel der A.- u. S.-Räte auch beim Proletariat ihrer Länder wirke, so kann man begreifen, daß sich all diese Herrschaften hübsch Hand in Hand arbeiten.

Nicht wenig trägt zur Mißachtung des Räteystems in Deutschland selbst das Verhalten der Regierung, oder, wie es jetzt so schön heißt, des „Rates der Volksbeauftragten“ bei. Der rechte Flügel dieses Sechsmänner-Kollegiums sähe die Arbeiter- und Soldatenräte lieber heute wie morgen zum Teufel gehen. Die Stoßkäufer Ebert's und Scheidemann's bei verschiedenen Gelegenheiten beweisen das zur Genüge, und der linke Flügel leidet unter dem Fluche einer Kompromiß-Politik, bei der das Räteystem schon ganz bedenklich unter die Räder gekommen ist.

Da gibt es nur noch eine Rettung: die Delegiertenversammlung der A.- u. S.-Räte muß, wenn sie nicht eine selbstmörderische Rolle spielen will, das Räteystem unter allen Umständen als Grundlage für die Neugestaltung Deutschlands proklamieren.

Tut sie das nicht, dann wird es noch lange dauern, ehe Deutschland wirklich eine sozialistische Republik wird. Es mag sich zehnmal so nennen,

der Name bleibt Schall und Rauch, wenn hinter ihm nicht ein kraftstrotzendes, blutvolles Gebilde steht, dessen Knochengeriüst nur das R ä t e s y s t e m sein kann.

Die Frauen und die Konstituante.

Von Luise Zieg.

Wir wollen uns die Früchte der Revolution nicht rauben lassen!

Wir wollen die Revolution durch den Stimmzettel nicht erwürgen lassen! Deshalb darf die Konstituante erst zusammentreten, wenn durch die Erfüllung aller technischen und politischen Vorbedingungen die Gewähr gegeben ist, daß in ihr der unverfälschte Volkswille zum Ausdruck kommt.

Das ist bei einem Zusammentritt im Februar unmöglich. Die geographischen Grenzen des Reiches sind noch völlig ungewiß.

Erst die Friedensverhandlungen und -verträge werden ergeben, ob Elß-Lothringen deutsch oder französisch wird; überhaupt, wo im Westen und Südwesten Deutschlands Grenze sein wird.

Völlig ungewiß ist noch, wie im Osten, Polen gegenüber, die Bevölkerung sich entscheiden wird.

Unentschieden ist noch, ob Deutsch-Oesterreich zum Deutschen Reich kommt oder nicht. Erst wenn alle diese Fragen entschieden sind, wenn das Territorium Deutschlands klar umgrenzt ist, kann davon die Rede sein, daß bei den Wahlen auch alle Deutschen erfasst werden können.

Es geht nicht an, daß Wählerlisten aufgestellt werden, in denen entweder Millionen nicht erfasst werden, die nach endgültiger Festlegung unserer Grenzen zu uns gehören würden, oder in den vielleicht eine eben so große Zahl Wahlberechtigter mitgeschürt wird, die nach dem Friedensschluss nicht mehr deutsche Bürger sind. Aber selbst wenn die Grenzen Deutschlands bereits feststünden, würden für 40 bis 42 Millionen männliche und weibliche Wähler keine zuverlässigen Wählerlisten in so kurzer Frist herzustellen sein.

Wie aber will man vom wirklichen Ausdruck des Volkswillens sprechen, wenn Tausende und Tausende, vielleicht Millionen Wahlberechtigte um ihr Wahlrecht kommen? Ferner werden Hunderttausende Soldaten noch im Feindesland sein, teilt beim Rückzug entwaffnet und interniert, oder als Kriegsgefangene. Andere Hunderttausende sind im Januar noch nicht in der Heimat. Fast eine Million Soldaten sind noch von der Ostfront zurückzuschaffen, darüber verzeihen, wie jeder Fachmann versteht, mindestens drei Monate. Will man sie alle vom Wahlrecht ausschließen? Soll der in tödenden Worten so oft verkündete heiße Dank an die Soldaten darin bestehen, daß sie fest von der Mitentscheidung über das Schicksal ihrer Heimat ausgeschlossen werden?

Wie Frauen der A. S. P. protestieren dagegen auf das allerenergischste!

Insbesondere aber fehlt vollkommen die politische Vorbereitung der Wahl. Mehrere Jahre ist das Volk belogen und betrogen worden. Systematisch! Unsere Presse war gefrevelt, unsere Aufklärungsarbeit unterbunden durch den Besetzungszustand. Eine geradezu unerschütterliche Unklarheit herrschte über die objektiven Ursachen des Krieges, über die subjektive Verantwortlichkeit für seinen Ausbruch, für seine jahrelange Fortsetzung. Teht, wo beonnen wird mit der Veröffentlichung der amtlichen Dokumente, wo an der Hand des Tausendenmaterials das ungeheure Verbrechen, das am deutschen Volk begangen worden ist, aufgezeigt werden und alle Mitschuldigen zur Verantwortung gezogen werden sollen, da rufen alle jene Kreise, die diese Politik des alten Realismus getrieben haben und dadurch mindestens mitschuldig sind, nach der sofortigen Einberufung der Konstituante. Unter diesen Schreibern befinden sich nicht wenige, die direkt und unmittelbar den arauensoffen Weltbrand mitentscheidet, die ihn fortgesetzt geschürt haben.

Diese Verbrecher und die ganze Größe ihres Verbrechens muß das Volk kennen, ehe es ankommt zum bei der Wahl der Konstituante sein Urteil zu sprechen. Es muß klar sehen, wie schuldig wahrheitsnahe Nachrichten und unerlöschliche Goldgier Millionen unserer besten Söhne in den Tod getrieben, andere Millionen der größtenteils Verfrüppelung oder dem Siechtum überantwortet und das maßlose Elend über uns alle gebracht hat.

Mit hecker Stirn werden andererseits die mit dieser Blutschuld Beladenen noch um die Stimmen des bedrängten Volkes hinhin und — sie erhalten.

Das böse Gewissen ist es, das sich hinter dem Schrei nach der Konstituante verbirgt, die Unkenntnis der Massen soll die Schuldigen vor der Abrechnung bewahren.

Diese Unkenntnis bezieht sich nicht nur auf die amtlichen Dokumente der Schuld! Nein! Die von der Zensur geknebelte Presse vor der Revolution, die Ueberleß der Arbeit daheim und an der Arbeitsstätte für die Frauen des werktätigen Volkes, das Abgleichstellen der Feldsoldaten von allem politischen Leben, ihre systematische politische Irreführung durch die herabgelassene „Feldpost“ und den vaterländischen „Kulturungsdiener“, haben es bewirkt, daß keine Rede davon sein kann, die Massen der Soldaten und des zivilen Volkes seien politisch orientiert und klarsehend.

Wie Frauen der A. S. P. protestieren feierlichst dagegen, daß diese politische Unklarheit, die systematisch von den alten Kräften der Reaktion und der Rechtssozialisten erzeugt wurde, angezogen wird, um das Urteil des Volkes zu fälschen.

Wir verlangen Zeit, um aufrüttelnd und aufklärend wirken zu können.

Es wäre ein Unalud für das werktätige Volk, wenn das unterbunden würde.

Die politische Macht, die das werktätige Volk erobert hat, muß sofort genutzt werden, um die für die Sozialisierung überreifer Großbetriebe des Bergbaus, der Industrie, des Großgrundbesitzes der Junker, in den Besitz der Gesellschaft zu überführen, um den Anfang zu

machen mit der Zerschlagung der wirtschaftlichen Fesseln, die die Lohnsklaven niederhalten.

Unsere junge Republik muß sozialen Inhalt erhalten.

Zu dem Zweck muß sehr ernstlich die Art an die Wurzel des Kapitalismus gelegt werden. Das werktätige Volk ist nicht frei, solange es vom Kapital ausgebeutet wird. Die Schaffung von sozialisierten Mutterbetrieben wird zudem einen so überzeugenden Anschauungsunterricht für alle nichtsozialistischen Arbeiter und Beamten geben, daß wir nach dieser, ihrer Unterstützung zur Erhaltung des Errungenen sicher sein können.

Die Sorge um den Besitz der kapitalistischen Produktionsmittel, um die Erhaltung des kapitalistischen Systems, ist eine weitere Ursache, weshalb die Bourgeoisie nach der sofortigen Einberufung der Konstituante schreit. Wir Frauen der A. S. P. wenden uns mit äußerster Kraft dagegen, daß auf diese Weise das Fortschreiten der Revolution gestört wird.

Wir brandmarken es als ein neues Verbrechen am Volke, wenn künstlich eine Panik erzeugt wird durch die völlig unwahre Behauptung, wir bekämen weder Brot noch Frieden, bevor die Konstituante gesprochen habe.

Keine der Ententeregierungen hat diese Forderung erhoben!

Will man die Wendung in der Wilsonschen Note: Amerika werde Nahrungsmittel liefern, wenn hier die Ruhe und Ordnung gewahrt und die Gewähr für eine gerechte Verteilung gegeben sei, im Sinne der Konstituante deuten, so ist das die schlimmste politische Falschmügerei.

Wir verurteilen aufs schärfste die Doppelzüngigkeit und Hinterhältigkeit, die es fertig bringt, Wendungen in der Wilsonnote als Weisheit zu benutzen, um das irgeleitete und geängstigte Volk zur Wahl zu treiben. Sie treiben ein gefährlich Spiel, die Herren!

Der ungeheure Volkszorn wird sich gegen sie kehren, sobald die Massen sehend geworden sind.

Wir Frauen der A. S. P. geben unserer Entrüstung über diese unerhörten Machinationen den härtesten Ausdruck.

Unsere Vertreter in der Regierung haben mit allem Nachdruck die Notwendigkeit eines späteren Termins betont. Sie haben es durchgesetzt, daß die Reichsversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte endgültig über den Termin der Wahlen entscheiden wird.

Noch ist also Hoffnung vorhanden, daß diese Versammlung den Termin hinausschiebt, aus all den Gründen, die wir angeführt haben.

Wir aber wollen mit dem größten Eifer an der Aufrüttelung der Massen, an der politischen Aufklärung der Betrogenen arbeiten.

Was an uns liegt, das Volksurteil zu einem vernichtenden zu gestalten über alle Schuldigen, die das Volk zersplittert und verraten haben, das wird geschehen.

Wo steht die deutsche Revolution?

Während in Deutschland das revolutionäre Proletariat Monarchie und Militarismus durch schnelle Tat gestürzt hat, herrscht im kaiserlichen Lande der Revolutionen, in Frankreich, der Chauvinismus. Das deutsche arbeitende Volk, das soeben mit blühender Kraft einer Militärdiktatur im Innern mit blühender Zucht befehligt ist, steht seine lange Freiheitsbewegung durch eine Militärdiktatur von außen. Marschalloch ist konzentrierter Chauvinismus. Als der Krieg begann, fiel Jean Jaurès, der große Prophet der Verbrüderung, der tapfere Kämpfer gegen Vergeltung und Rache, von Mörderhand. Nach mehr als vier Jahren endet der Krieg. Endlose Qual hat auch das französische Proletariat getragen durch die Schuld einer herrschenden. Ströme von Blut sind über seine Fluren gelassen durch die Schuld finsterner Gewaltmächte, die auch Frankreichs Volk niederzwingen. Dennoch scheint es, es wäre auch heute noch der Dolchstoß gegen einen Jaurès möglich. Schließt das Proletariat von Frankreich? Ist es trunken im Siegesrausch? Vermindert sein Ehr nicht die geistende Fanfare der Weltrevolution?

Es gibt Leute, die heute noch mit demagogischer Hast verurteilen, der harte Waffenstillstand, den Deutschland schließen mußte, verleihe die Ehre des deutschen Volkes. Das deutsche Volkes Ehre war besetzt durch die Friedensschlüsse von Versailles und von Briarell, durch die Aufrichtung einer brutalen Gewalt Herrschaft im Innern und nach außen, durch die Schmach der gegenrevolutionären Korbhänge im Osten, durch die Vratemoral, die den schändlichen Landwehrkrieg gebar. Und es kann nicht vergessen und darf nicht verwischt werden, daß Leute, die sich Sozialisten nennen, durch ihre Beteiligung an solcher Politik die Schmach verdoppelt haben. Der seltsame Red war zum Ansehensgewand, um Mäurerfeld geworden. Die Felder der Revolution haben mit ihrem Blut und ihrer Tat die Schmach geillt. Der Soldat trägt heute das Ehrenleid der Nation.

In dem Augenblick, da die russische Sowjetrepublik verstanden kann, daß die Fesseln, die der deutsche Imperialismus den Ostvätern geschnitten, zerbrochen sind durch die deutsche Revolution, in dem Augenblick droht der Freiheit, die vom Osten kommt, droht Deutschland neue Gewalt vom Norden her. Die junge deutsche Republik hat ein böses Erbe angetreten. Die nachste Sündenlast eines verlogenen und verkommenen Regiments hat das deutsche Volk hart an den Abgrund völliger Vernichtung geführt. Das revolutionäre Proletariat hat in letzter Stunde den zusammenbrechenden Gewaltregiment den entscheidenden Stoß versetzt und das Werk der Rettung in die Hand genommen. Rot und Tod und Hunger droht diesen Helfern des Vaterlandes heute von allen Seiten.

Das deutsche Proletariat wird das Werk der Rettung vollbringen. Seine Kraft ist ungeheuer gewachsen durch die junge deutsche Freiheit, durch die Freilegung des Weges zum Sozialismus. Und jeder Schritt auf diesem Wege gibt neue Kraft, fügt

Wacht zu Nacht, erhöht die Zuversicht, belebt den Geist der Revolution.

Noch jetzt das kämpfende Proletariat tastend den Weg ins Freie. Es blüht auf das große Beispiel der russischen Revolution. Dort haben die Bolschewiki die unumgekehrte Diktatur des Proletariats errichtet und beherrschen mit ihr ein großes Reich, bis ein Jahr. Zur Regierung ist befaßt mit Schlagen, ihr Weg nicht frei von Irrungen Aber sie sind und Uriben die Gr.nder der ersten sozialen Republik der Welt, was ihnen im Proletariat starke Sympathien schafft. Ohne ihren Sieg herrschte heute wohl die Gegenrevolution in Rußland und die deutsche Republik wäre um einen gefährlichen Feind reicher.

Müssen wir sie darum kopieren? Die Bolschewiki haben die russische Konstituante vertrieben. Müssen auch wir daran die deutsche Nationalversammlung vereiteln?

Die Bolschewiki haben im November 1917 ein schreckendes, halbrevolutionäres Regiment gestiftet, das neue Ströme russischen Blutes an den Eulente-Imperialismus verlaufte, statt dem russischen Volke den Frieden zu geben. Aus der Unfähigkeit dieser Regierung zur Beendigung des Krieges, aus der Emsucht des russischen Volkes nach Frieden und der drohend aufkommenden Gegenrevolution, die räumlich hätte, wenn der Krieg für Rußland nicht beendet worden wäre — aus dieser Situation gewann die Partei der Bolschewiki die Kraft und das Recht zu ihrer Tat. Die russische Konstituante war gewaltsam und dem Einfluß der von den Bolschewiki gestützten Regierung. Sie war ein Teil der gestürzten Gewalt und mußte mit ihr fallen. Und als Lenin und seine Genossen sie vertrieben, hatten sie wohl kaum die Absicht, das russische Reich dauernd ohne nationales Parlament und rein diktatorisch zu regieren. Ob die folgende Zeit sie dazu zwang, ob sie einen anderen Weg hätten gehen können, darüber wollen wir heute nicht mit ihnen rechten. Vielleicht zwang harte Not sie auf eine Straße, die sie früher oder später doch verlassen müssen, wenn sie Rußland zur Gewandtheit führen wollen, die sie unbedingt bald verlassen müssen, wenn sie die durch die deutsche Revolution befruchteten Ostvölker in den Grenzen des alten russischen Reiches mit der Sowjetrepublik vereinigen wollen. Lenin wird selbst nicht glauben, daß seine Partei Polen und Letten, Finnen und Ukrainer von Moskau aus mit der roten Garde und dem Terror regieren kann.

Deutschland befand sich bereits auf dem Wege zum Frieden, als das alte blutdürstige Regiment zusammenbrach. Mit schnellem Aufschwung die Revolution die letzten reaktionären Friedenshindernisse. Der Weg zum Frieden ist frei, zu einem Frieden allerdings, der Opfer kosten dürfte, die aber nicht zu Schmerzen brauchen, wenn alle Volkskräfte, angeleitet durch die Sozialisierung der Produktion und durch eine rationelle Steuerpolitik, zu ihrer Ueberwindung eingesetzt werden. Die Führung zum Frieden und zum Wiederaufbau liegt in der Hand einer sozialistischen Regierung, hinter der die Macht der Mäße steht. Wo nach Reife der alten Herrschaftsform bestehen — und es wäre unverzeihliche Selbsttäuschung, wenn man sie nicht sehen wollte — hat das kämpfende Proletariat die Macht und Kraft seiner revolutionären Tat das Recht, sie ohne Federlesen mit Stumpf und Stiel auszumergen. Und es kann nicht laus und oft genug gesagt werden, daß auch die Regierung des Proletariats viel zu laus mit radikalen Eingriffen in die alten Verwaltungsformen zögert. Sind im Freie der Volksbeauftragten und ihrer Gehilfen Genannten auch nur der leisesten Art zu spüren, so müssen auch sie ohne Rücksicht fallen. Wir begrüßen daher den kommenden Generalkongress der Arbeiter- und Soldatenräte. Er muß die Kraft sein, die die Regierung stützt und zugleich vorwärts drängt und alle Reste reaktionärer Einflüsse tilgt. Aufricht und Einsicht müssen sich paaren mit dem Mut zur Vollendung der Revolution.

Das revolutionäre Proletariat muß die Gewalt fest in der Hand halten. Kraft dieser Gewalt hat das Proletariat — und nur das Proletariat allein — Form und Wahlmodus und den Zeitpunkt der Nationalversammlung zu bestimmen. Dann braucht es keine Nationalversammlung zu fürchten. Mit sieghafter Kraft wird der Sozialismus die Macht mit Hilfe der Konstituante endgültig an sich bringen.

Wir wollen gar nicht davon sprechen, daß die Propaganda gegen die Nationalversammlung dem westlichen Kapitalismus und Chauvinismus in die Hände arbeitet, der nur auf die Erklärung gegen die Konstituante wartet, um vor der übrigen Welt einen Vorwand für einen Gewaltstreich gegen das freie Deutschland zu bekommen. Wir wollen uns durch solche Drohungen einweilen nicht bange machen lassen, sondern unbeirrt fortzuschreiten auf unserem Wege, dem Wege der sozialen Demokratie. Wir wollen aber auch nicht vergessen, daß das Aufkommen und Fortschreiten der bolschewistischen Taktik in Rußland der deutschen Gewaltpolitik gegenüber die Arbeit wesentlich erleichtert hat.

Wir können das, was in Rußland unter dem ehernen Zwange der Ereignisse vielleicht zur unausweichlichen tatsächlichen Notwendigkeit wurde, nicht zum sozialistischen Prinzip erheben. Der schönen Augen der Bolschewiki wegen dürfen wir nicht gegen den heiligen Geist unserer eigenen Grundgesetze sündigen. In Deutschland fehlen alle Voraussetzungen für die russische Taktik. Die Propaganda gegen die deutsche Konstituante entspringt nicht den Notwendigkeiten der politischen Situation des deutschen Proletariats, sondern ist eine platte Kopie der Taktik der Bolschewiki. Wir können niemals Bolschewiki sein, sondern höchstens Bolschewiki spielen.

Man frage die Soldatenmassen in den von der Front zurückstehenden Kolonnen, ob sie geneigt sind, an die Stelle der unter ihrem Jubel gestürzten Gewalt neue Unfreiheit zu errichten. Sie haben den unheimlichen Druck einer unumschränkten Diktaturgewalt lange ge-

ung am eigenen Leibe gefühlt. Lange genug hat die von der Gewalt gedungene Phrase ihren Wert verblendet. Nun blühen sie frei. Das helle Licht der jüngsten Zeit hat ihre politische Erkenntnis ungenügend vertieft. Und ihre Wünsche richten sich auf eine neue, höherer Ordnung, in der ein in voller Freiheit schaffendes Volk sich froh bewegt. Wir sind gefestigt gegen jede Phrase, mag sie von konterrevolutionärer oder von ultradiktatorischer Seite kommen.

Auch eine Mißhandlung seiner jungen Freiheit durch fremde, äußere Gewalt, durch den wilden Rachehitz der Clemenceau und Foch würde das deutsche arbeitende Volk nicht lange ertragen.

Aufrechten Hauptes steht die deutsche proletarische Revolution zwischen Unterdrückung von außen und diktatorischen Gelassen im Innern. N. S.

Sozialismus und Landwirtschaft.

Von A. Höfer.

Ungezählte der Leiden des deutschen Volkes, die mitgearbeitet haben, unseren proletarischen Sieg vorzubereiten, sind ins Grab gerufen, ohne daß es ihnen vergütet war, den heiligen Boden des sozialistischen Sozialismus zu bereiten.

Aber dennoch, sie alle sind mitten unter uns und wir gedenken ihrer beim Erntefeste auf der Schwelle, in die sie die ersten Furchen gezogen und die gute Saat gesät haben.

Feiel, Einger, Auer und ihr, die wir vor wenigen Tagen zur letzten Ruhe beisetzt, wir gedenken euer auch im Freudentaumel des Erntefestes.

Wir haben aber nicht Zeit, Feste zu feiern, wir müssen an die nüchternen Werktagsarbeit, auf das nicht ein böser Regenjammer dem Freudentaumel folge.

Eine gewaltige Arbeit hat das deutsche Proletariat in den verwichenen Tagen verrichtet, und schon tritt eine um vielfach gewaltigere Arbeit an es heran.

Wir haben der Kapitalistenherrschaft die Fesseln entwunden, haben uns zu Herren des Gutes gemacht, eines Gutes, das leider durch den Krieg in Grund und Boden verwirrt ist. Jetzt gilt es, durch „sozialistische Meliorationen“ dieses Gut zur höchsten Blüte zu erheben.

Natürlich kann der neue Besitzer des Gutes, auch wenn er mit Respektvollen ausgestattet wäre, nicht alles auf einmal in Angriff nehmen.

Er muß methodisch vorgehen und das Dringende von dem Dringenden zu unterscheiden wissen. Es sind viele Gebiete zu beackern. Auch auf dem Felde der Landwirtschaft, und insbesondere hier gilt es sozialistisch zu meliorieren.

Wir haben in Deutschland etwa 18 000 landwirtschaftliche Großbetriebe, d. h. Betriebe, die mehr als 100 Hektar in sich einschließen. Innerhalb dieser Großbetriebe befinden sich wieder eine große Anzahl von kleinen Parzellen, auf denen die Kraft des Pfluges, selbständig und allein zu dirigieren, absolut notwendig ist.

Diese Pflanzensubstanz werden verwaltet von einer gutartigen, die ein Netz von Betriebsräten über die verschiedenen Stellen des Betriebes gezogen hat.

Die eigentlichen Besitzer dieser Parzellen haben in der Regel schon alle Hände voll zu tun, um die Abrechnungen entgegenzunehmen und die Gebühre einzulassen.

Hier müssen wir sofort eingreifen, und das können wir auch.

Der Verwaltungsrat auf diesen Parzellen soll zunächst in aller Weise weitergehen, nur das Gebühre des Abrechnens und Gebühreinschreibens soll fortan dem früheren Besitzer auf die Gesamtheit übergeben.

Natürlich müssen dann auch die Arbeiterverhältnisse neu geregelt werden. Wohnungsverhältnisse, Lohnfragen, Arbeitszeit müssen auf andere, der Neuzeit entsprechende Grundlagen gestellt werden.

Beamte und Arbeiter werden außerdem durch Gewerkschaften zu integrieren sein.

Dasselbe Bestreben dürfte auch für die in staatlichem Besitz befindlichen Domänen in Anwendung gebracht werden. Auch die Stunde der Domänenpacht hat geschlossen.

Natürlich sind diese Maßnahmen nur der erste Schritt bei der Erfüllung unserer Aufgabe. Wir haben damit erst die großen Vorarbeiten, die für weitere Meliorationen erforderlich sind, geschaffen.

Wir haben bei diesen Maßnahmen absolut festen Boden unter den Füßen. Wir ändern nicht die Natur des wirtschaftlichen Geschehens, weder bei diesen Parzellensubstanzbetrieben, noch auch bei den Staatsbetrieben; denn auch bei letzteren ist dieses System jetzt schon, allerdings in sehr hohem Maße, im Gange und hat sich soweit gut bewährt.

Nun gilt es zu erproben, welche Früchte diese Umänderung im großen Maßstab zeitigen wird. Als Kriterien, die wir hinwundern in die kapitalistische Welt, gilt es aber, absolut festen Boden unter den Füßen zu behalten.

Diesen festen Boden würden wir verlieren, wenn wir überstürzt daran gingen, mit einem Schlag die Sozialisierung für den gesamten landwirtschaftlichen Großbetrieb auszusprechen.

In diesen Betrieben konzentriert der Besitzer auch zugleich als Betriebsleiter. Wir würden also vor 11 Aufgaben gestellt werden, auch die Betriebsleitung zu übernehmen, und mit dieser Uebernahme würde der Sozialismus sich schon für die allernächste Zeit die Verantwortung auf den Hals laden, das genötigende Brot für das Volk bereitzustellen. Er hätte Rechenschaft abzulegen.

Unsere Ernährungsverhältnisse sind nicht nur für die nächsten Monate, sondern auch für die nächsten Jahre sehr unsicher.

Gefehrt den Fall, die Inhaber dieser in Betracht kommenden Großbetriebe würden bestreben müssen, daß in allernächster Zeit ihre Betriebe geschlossen hätte — diese Befürchtung würde sich natürlich auch der Großbauern unter einem Pfluge von 100 Hektar bemächtigen — so würde mit einem Schlage ihr Interesse an der Lebensmittelproduktion vernichtet sein. Sie so überaus wichtigen Ueberarbeitungsarbeiten für die nächstjährige Ernte wären zum absoluten Stillstand verurteilt. — Der Bauer ist nicht wenn er nicht ernten kann. Schon das allein könnte uns eine Katastrophe auf den Hals laden.

Aber weiter, wie sollen wir die Betriebe bewirtschaften, wo haben wir die Betriebsleiter?

Die landwirtschaftlichen Inspektoren in Gärten, es sind tüchtige Leute darum, aber das Ernte der selben ist dann, ob er vielmehr Unheil, der mit rauen Bezahlung, im allgemeinen nicht als Auslese der Besten anzusprechen.

Selbständig den Betrieb weiterzuführen, wären weit aus die meisten nicht fähig. Die Abrechnungstage würde gerade auf den landlichen Betrieben vielfach ebenfalls ihre eigene Seite haben.

Dazu kam noch die Demoralisierung der Arbeiter während des Krieges. Alles, ob es ist in Unordnung geriet. Die Gebäude in ruhmloser Zustand, die Maschinen entweder völlig abgenutzt oder gar nicht vorhanden, der schicksal Angepannt zu erst mangelt, der Boden in Folge ungenügender Düngung über erschöpft, durch schlechte Ernten und schlechte Bearbeitung verwahrt und verunkrautet.

Das Betriebskapital ist natürlich mit dem Besitzer verschwinden. Kredit und Geschäftverbindungen alles ist zerstört. Ein wildes Chaos wäre die Folge. Auf nähere Einzelheiten einzugehen, verbietet der Raum des Blattes.

Aber noch ein anderes! Wie bekannt, sind in betreff der Regelung der Agrarfrage zwei Richtungen in der Sozialdemokratie vorhanden: Aufteilung an die Kleinrentner im Kleinbetrieb oder Verwaltung im Großbetrieb. Diese beiden Richtungen sind wohl mehr oder weniger in beiden sozialdemokratischen Parteien vorhanden. Aufteilung würde uns diametral von unserem sozialistischen Ideal entfernen, könnte in absehbarer Zeit aus praktischen Gründen auch nicht vorgenommen werden.

Wir sind der Ueberzeugung, daß dem sozialistischen Großbetrieb die Zukunft gehört, aber nicht überzeugt davon, der Weisheit letzten Schluß zu besitzen. Ganz neue Verhältnisse brochen nach dem Kriege und nach unserer Revolution für die deutsche Landwirtschaft heran. Erinnert sei nur an die Schutzpolizei und das Erntefest, das jetzt aufhören wird. Unter ganz neuen Verhältnissen wird sich der landwirtschaftliche Kleinbetrieb mit dem Großbetrieb zu messen haben. Wie nun, wenn wider Erwarten der Kleinbetrieb sich wirtschaftlicher gestaltet und der sozialisierte landwirtschaftliche Großbetrieb dauernd große Staatszuschüsse erfordert? Dann müßten wir wieder abbauen und der Sozialismus hätte auf dem Gebiete der Landwirtschaft eine Liquidation zu vollziehen.

Nicht den festen Boden verlieren, aber auch nicht sehen bleiben!

Wir begnügen uns auch gegenseitig nicht mit der Sozialisierung der Parzellen und Staatsgüter; auch sonst sollen geeignete, bisher vom Besitzer selbst geleitete Großbetriebe in den verschiedensten Gegenden vergesellschaftet werden. Begeben in die Hände!

Das sollen Versuchs- und zugleich Musterbetriebe werden. Mit den auserlesenen Kräften von Landarbeitern und Betriebsbeamten sollen sie sich beschäftigen. Auch die Landarbeiter, die bislang noch keine Schule gewerkschaftlicher Organisation durchgemacht haben, müssen erzogen werden.

Gutes Beispiel ist immer die beste Erziehung.

Natürlich muß das Fachschulwesen auf höchste Stufen weiterentwickelt werden. Dann bauen wir weiter in glücklicher Konsequenz.

So gehts, aber allein so kann es auch nur gehen. Aus einem elenden mageren oder politischen Klepper kann nicht über Nacht gewaltmächtig ein edles, stolzes Pferd gemacht werden. Aber in zielbewusster Arbeit haben unsere großen Tierzüchter in verhältnismäßig sehr wenigen Jahren aus den elendesten Landrassen die hochwertigsten Formen und große Ruhe herangezogen. Auch wirtschaftliche Gebilde sind organisch entstanden und folgen eigenen Gesetzen. Man kann sie nicht plötzlich gewaltmächtig in eine gewünschte Form pressen. Wenn die Form nicht paßt, begehrt der Inhalt dagegen auf und zerbricht sie, gleichwie geräuchertes Wasser die stärksten Glasflaschen auseinander prengt, als wäre es Glas. Wer festes Vertrauen zum Sozialismus hat, braucht keine pseudosozialistische Desperadopolitik zu treiben, die letzten Endes alles gefährdet.

Vertrauen zum Sozialismus! Sie haben es gehabt, die in Dolden die ersten Furchen brachen, Sie haben es gehabt, die zwölf lange Jahre den Unwettern des Sozialengesetzes trotzen! Und wir, wenige Tage, nachdem unser Volk, sei es als Arbeiter im Arbeitskleid oder als Arbeiter im Soldatenrock, in herrlichem, noch nie dagewesenem Schwunge reißlos alle Ketten zerbrochen hat, wir fürchten, daß der störrische Sturmlauf der sozialistischen Idee beinträchtigt werden könnte? Neht, wo diese Idee hemmungslos und frei propagiert werden kann! O, über die Kluggläubigen, die jetzt neue Ketten schmieden wollen, um die Idee zu fesseln!

Die Diktatur des Proletariats darf nur so lange dauern, bis die Errandgeschichten der Revolution fest verankert sind. Am inneren wirtschaftlichen Ausbau des deutschen Volkshauses muß das gesamte Volk mitwirken und mitten hat bisher die rein theoretische Propaganda der Idee uns schon von dem Sieg geführt. So wird der Aufbaueunterricht, die Praxis uns erst recht mit Volldampf weiterbringen. Wir haben wahrlich keinen Grund, diese Aufbauepropaganda zu fürchten. Die Arbeiter haben

doch die große, die überwältigende Mehrheit in Deutschland. Es geht nicht an, weite Schichten des Mittelstandes, von unteren Beamten, ja auch weite Schichten von heute noch andersdenkenden Arbeitern, zu entrechten. Und gar erst die gesamte Schicht der aus dem Lande wohnenden! Diese letzte Schicht faßt ein heute noch 40 Prozent der Gesamtbevölkerung Deutschlands in sich ein. Die Bauern- und Landarbeiterschaft sind nach der Form ihrer Organisation unpolitische Körperschaften. Sie wollen aber auch getragt sein. Das deutsche Volk ist seit den Novembertagen ein anderes geworden. Es hat nicht mehr wie der russische Mensch in fatalistischer Ergebenheit die Dinge über sich ergehen lassen, noch sind die Früchte der Revolution nicht völlig gestohert, noch sind die Schäden nicht zu Hause, und wenn sie die Schwere ihres Schicksals überschritten haben werden, sollen sie eine kurze Rast haben, um sich in die neue Situation hineinzufinden. Aber dann muß die Konstitution kommen, mit beratenden und beschließender Stimme; sonst wird ein Sturmwind aus dem Osten über den ersten Sozialregierung im die Ohren brausen, der die junge Ernte in den Scheuern der Revolution gefährden könnte.

Abhängige Grundsätze.

Genosse Dr. Herz-Altona schreibt:

Die bayerischen Urkunden über den Ursprung des Krieges nehmen selbst dem braven Spiechbürger den letzten Rest des Zweifels darüber, wo die Schuld an dem vierjährigen Massenmord zu suchen ist. Das „Hamburger Echo“ schließt sich jetzt der Forderung der unabhängigen und unparteilichen Presse nach Einstellung eines Verfahrens gegen die verantwortlichen Personen an. Leider kommt dem „Hamburger Echo“ diese Erkenntnis reichlich spät. Erklärt heute das „Echo“, die preussische Militärverwaltung habe den Krieg gewollt, so erklärte es in dem entscheidenden Augenblick, nämlich im August 1914, gerade das Gegenteil. Der Gegensatz der beiden Auffassungen tritt geradezu sinnfällig in die Erscheinung, wenn man die entscheidenden Sätze aus den beiden, die Schuldfrage am Kriege behandelnden Artikeln des „Hamburger Echo“ vom 11. August 1914 und vom 25. November 1918 nebeneinander stellt.

11. August 1914.

Für uns Deutsche ist es klar, um was sich der Krieg dreht. Ob und welche Fehler unsere Regierenden gemacht haben, und ihr Sündenregister ist groß, eins ist sicher: den Weltkrieg wollten sie nicht, haben ihn durch ihr Verhalten nicht abgesehen, sondern haben sich alle Mühe gegeben, ihn zu verhindern. Sollten Fehler gemacht worden sein, so waren sie nicht gewollt.

In dem Artikel vom 11. August 1914 sagt das „Echo“ dann noch weiter: „Bis zum letzten Augenblick war Deutschland um die Erhaltung des Friedens bemüht, ganz ehrlich; denn was sollte Deutschland wohl von einem Kriege hoffen. Aber der Verteidigungskrieg wurde ihm aufgedrängt, und es führt ihn unter Zustimmung des ganzen Volkes.“

Man konnte über die Wandlungsfähigkeit des „Hamburger Echo“, wie über manches noch viel Schlimmeres mit Schweigen hinweggehen, wenn nicht gerade jetzt die unheilvollen Wirkungen der Politik der nationalitätlichen Verhetzung hervortreten. Gerade die schrankenlose Kriegsbegeisterung, mit der führende Blätter der deutschen Sozialdemokratie sich hinter die Kriegspolitik ihrer Regierung stellten, hat im Ausland und besonders im ausländischen Proletariat ungeheure Erbitterung hervorgerufen und den ausländischen Kriegsheern die Erzeugung nationaler Stimmung im eigenen Volke erst ermöglicht. In der Pariser Presse und besonders im „Matin“ konnte man oft genug lesen, daß das „Hamburger Echo“ und die am gleichen Strang ziehende Chemnitz „Vollstimme“ die wahre Meinung der deutschen Arbeitererschaft darstellten, und daß daher das französische Proletariat gemeinsam mit seinem Bürger und seiner Regierung das Vaterland gegen den verbrecherischen Überfall der deutschen Militärschiffe schützen müsse. Die Wirkungen dieser nationalen Verhetzung treten jetzt, wo die internationalen Verbindungen auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete wieder angenommen werden müssen, klar in die Erscheinung. Es ist ein billiges Vergleichen, auf die furchtbaren Massenillusionsbedingungen zu schließen und den Uebermut der vom Stierstaumel ergriffenen französischen Generale dafür verantwortlich zu machen. Mehr verantwortlich dafür sind jene deutschen Politiker, die im französischen Volke durch ihre Burgfriedenspolitik jene schier unüberwindliche Stimmung des Mißtrauens hervorgerufen haben — ein Mißtrauen, das auf der Ueberzeugung beruht, die deutsche Arbeitererschaft habe mit ihrer verbrecherischen Regierung gemeinsame Sache gemacht. Das deutsche Volk in allen Schichten wird noch lange Zeit unter diesem Mißtrauen schwer zu leiden haben. Die sogenannten Realpolitiker, die unter dem Kriegszustand das große Wort führten, verhöhnen jetzt die großen Theoretiker und Doktrinäer. Die Arbeitererschaft wird nach den bitteren Erfahrungen der Kriegszeit für ihre zukünftige Politik die Lehren ziehen müssen, daß jede Politik, die nur auf die scheinbaren Bedürfnisse der nächsten 24 Stunden eingestellt ist und sich von unserer grundsätzlichen Aufschauung entfernt, über kurz oder lang praktisch Schiffbruch leidet.

Sozialismus und Fürsorgewesen.

Die soziale Frage ist eine naturwunderliche Folge der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Unsichere, geringbezahlte Lohnarbeit, Arbeitslosigkeit, Unfälle auf dem Schlachtfelde der kapitalistischen Produktion, Verwahrung des Konsums auf dem Warenmarkt, kurz, die wirtschaftliche und planmäßige Ausbeutung der breiten besitzlosen Masse durch eine kleine kapitalistische Minderheit — das ist die wahre Ursache und der Kern des modernen sozialen Problems, in welcher besonderen Gestalt es auch immer auftreten mag.

Durch den Weltkrieg hat der alte Gegensatz zwischen den Interessen der arbeitenden Massen und denen des profitgierenden Kapitals eine ungemeine Vertiefung erfahren. Die Anhäufung und Zusammenballung großer Kapitalmassen, gesellschaftlicher Werte, ist fabelhaft gewachsen, auf der andern Seite haben wir das schreckliche Mißverhältnis zwischen Arbeitslohn und Kosten der Lebenshaltung. Die Vertriebsumfälle bilden seit der Liquidierung der Sozialpolitik und des Arbeiterschutzes einen dunklen Punkt, und der Warenmarkt hat nachgetade eine untragbare Höhe erreicht, eine Höhe, die uns die traurige Verderbtheit des kapitalistischen Wirtschaftssystems drastisch erkennen lehrt. Aber ihre besondere Bedeutung und Größe wird die soziale Frage nach dem Kriege erst erlangen durch die ungeheuren Opfer, welche der Weltkrieg an Menschen und Gütern verurteilt hat; die Blüte der Menschheit, Millionen junger Männer sind getötet oder in hilflose Krüppel verwandelt, das halbe Nationalvermögen liegt in Gestalt zerstörter Kriegsgeräte auf den Schlachtfeldern. Welche Wirkungen die alles vernichtenden Tendenzen des Weltkrieges auf die sozialen und gesellschaftlichen Probleme der Zukunft ausüben, das läßt sich noch nicht entfernt abschätzen; anzunehmen aber ist, daß die kommenden Umwälzungen grundsätzlichen Charakters sein werden.

Die Ursachen der sozialen Frage können nur auf breiter Basis in den bestehenden ökonomischen Verhältnissen gesucht werden, denn nur wenn die Dinge in ihrer nackten Wirklichkeit geschildert und dargestellt werden, lassen sich Wege zur Lösung des brennenden Problems finden. — Wir wollen hier nicht die zahlreichen theoretischen und praktischen Versuche anführen, die auf eine Linderung oder Lösung des Übels hingingen. Ihren sichtbarsten theoretischen wie praktischen Ausdruck erblicken wir im Sozialismus und in der Arbeiterbewegung, deren Zweck und Ziel es ist, durch unangenehmen Kampf des Proletariats von der kapitalistischen Ausbeutung zu befreien, die kapitalistische Gesellschaftsordnung durch die sozialistische Gesellschaftsordnung zu ersetzen. Lediglich eine mächtige Linderung bezwecken die staatliche Sozialpolitik und der Arbeiterschutz, das Fürsorgewesen (Armenpflege) von staatlicher, kommunaler und privater Seite.

Mit den letzteren Bestrebungen, dem Fürsorgewesen, beschäftigt sich eine kleine Schrift von Prof. J. Krumler, die kürzlich in der Sammlung „Wissenschaft und Bildung“ (Verlag von Quelle u. Meyer, Leipzig, 119 S., Preis 1,70 M.) erschienen ist. Das Büchlein ist deswegen besonderer Beachtung wert, weil es an brauchbarer Literatur auf diesem Gebiet so gut wie ganz gebricht, auf einem Gebiet, dessen Studium und Durchforschung die lehrreichsten Einblicke in das kapitalistische Gesellschaftsleben gewährt. Wir haben es hier mit jenen Millionen der Ärmsten zu tun, deren Existenz unter dem zermalenden Druck der materiellen Notwendigkeit völlig zerbrach, die, soweit sie die müde Arbeitskraft nicht wieder lohnend verkaufen können, im Asyl, im Arbeitshaus oder auf der Straße enden.

Die Voraussetzung und Ursache des Fürsorgewesens ist die Verarmung als Massenerscheinung. Man muß also von dem Wesen der Verarmung als einem gesellschaftlichen und sozialen Problem ausgehen, wenn man vom Fürsorgewesen, das ja nur ein Hilfsmittel dagegen sein soll, überhaupt ernsthaft sprechen will. Das versucht auch Krumler. Der strikt eine gründliche theoretische Analyse der Armut, das heißt der sozialen Frage erwartet, der wird in jeder Beziehung enttäuscht. Krumler begnügt sich eigentlich damit, die Armut als eine gegebene gesellschaftliche Ursache zu konstatieren. „Arm ist, wer nicht instande, aus eigenen Mitteln und mit eigenen Kräften seine Bedürfnisse zu befriedigen, oder in der einfachen Formel Simmels: Arm ist, wessen Mittel zu seinen Zwecken nicht ausreichen.“ Der Reichheit letzter Schluß lautet: „Arm ist dann, wer unermüdet wird.“ Das sind zwar sehr haßbade Wahrheiten, aber sie sagen uns nichts über die Herkunft, die Ursachen der Armut. Krumler wendet sich zwar sehr energisch gegen die alte nationalökonomische Theorie, wonach Armut ein Beweis von Schwäche und Unfähigkeit zu erkranken ist, der Arme also am besten seinem traurigen Schicksal des mehr oder minder schnellen Untergangs überlassen bleibe. Diese unverkürzte Gewalttheorie lehnt Krumler ab, aber nicht etwa mit einer tiefen, bündigen Ursachenbestimmung der Armut, sondern indem er sie als ein notwendiges, unabänderliches Übel der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung hinnimmt. Erst wenn unter den Erscheinungen des Wirtschafts- und Gesellschaftslebens die Armut als notwendig begriffen und die Fürsorge für die Armen als vollberechtigtes Glied gesellschaftlicher Betätigungen anerkannt wird, lang ihr selbständiger Wert bestimmt werden.“ In diesem Geiste der Kritiklosigkeit ist die gesamte theoretische Begründung der Verarmung gehalten. Der Herr Professor vermeidet es peinlich, auch nur entfernt ein kritisches Wort fallen zu lassen. Dearbeit, wie Kapitalismus, Privatigentum, Warenproduktion, Lohnarbeit usw. umschreibt er folgendermaßen: „Die Privatwirtschaft in unserer arbeitsteiligen Wirtschaft freien Verkehrs baut sich auf dem Sondereigentum der Einzelnen auf und beruht auf dem Gütertausch nach den Grundsätzen

des Sondereigentums, jede Leistung wird gegen eine entsprechende Leistung ausgetauscht, durch sie vergolten; beide Leistungen sollen eine der andern gesondert gleichwertig sein oder als solche gelten.“ Hier haben wir nicht nur eine höchst unklare, konfuse Ausdrucksweise, sondern auch eine total falsche Auffassung der Beziehungen zwischen Lohnarbeit und Kapital: diese Dinge beim richtigen Namen zu nennen, verändert es denn auch, bis auf den Grund der sozialen Probleme vorzubringen.

Aber die eigentliche Basis der Erörterungen Krumlers über die Ursachen der Verarmung bildet die Theorie der Unwirtschaftlichkeit. Auch das ist eine so vage Begriffsbildung, die uns keine klaren, erschöpfenden Antworten auf unsere Fragen gibt. Mit der bloßen Feststellung, daß der Arme in dem Sinne der kapitalistischen Gesellschaftsordnung „unwirtschaftlich“ ist, das heißt, nicht mehr selbständig zu seiner Bedürfnisbefriedigung aufrufen kann, erfahren wir nichts über die Ursachen dieses Zustandes. Krumler sagt zusammenfassend: „Die Unwirtschaftlichkeit, die für unsere Erwägungen die Ursache der Verarmung ist, erscheint so als notwendiger Teil der Wirtschaftsordnung, mit der daher auch die Verarmung untrennlich verbunden ist.“ Der Leser glaube nun nicht etwa, daß der Autor eine kritische Darstellung der Wirtschaftsordnung folgen läßt, mit der daher auch die Verarmung untrennlich verbunden ist.“ Ach nein! Wir drehen uns noch weiter in dem Kreise allgemeiner Redensarten und persönlich-psychologischer Betrachtungen.

Die übrigen Teile des Buches gewähren einen guten Ueberblick über die rechtliche und geschichtliche Entwicklung der Armenpflege, ihre Formen und praktische Betätigung. Unsere Genossen, die in der Armenpflege tätig sind, werden die Schrift, soweit diese Teile in Frage kommen, mit großem Nutzen lesen.

J. P.

Aus der Bewegung.

Die Stellung der Erfurter U. S. P. In einer zahlreich besuchten Mitgliederversammlung der U. S. P. in Erfurt am 27. November wurden nach einem Referat des Genossen Mehrhoff und einer eingehenden Aussprache folgende Resolutionen angenommen:

Die Versammlung erklärt sich zunächst mit den Beschlüssen und dem Ergebnis der Reichskonferenz der Freistaaten einverstanden.

Die verantwortlichen Arieassheten und Schuldigen am Unglück des deutschen Volkes sollen vor ein Gericht gestellt werden.

An unsere Genossen in der Zentralkommission der Partei und in der Regierung richtet die Versammlung eindringlich die Aufforderung:

1. Prinzipiell die Einberufung der Nationalversammlung zu erstreben. Die Teilnahme an den Wahlen muß allen Volksgenossen und Genossinnen in der Heimat und nach vorabfragender politischer Ausklärung gesichert werden. Die Wahl kann als erst nach vollständig durchgeführter Demobilisierung durchgeführt werden.

2. Die Parteileitung und die Genossen in der Regierung müssen für geschlossenes Zusammenarbeiten aller revolutionären Kräfte im Reich wirken. Voraussetzung für dieses Zusammenarbeiten ist die prinzipielle Anerkennung der Notwendigkeit des Zusammentritts der Nationalversammlung nach vollzogener Demobilisierung.

3. Der politische Kampf bei der Wahl zur Nationalversammlung muß und soll vom gesamten werktätigen Volke geschlossen gegen die Reaktion geführt werden. Eine Verständigung mit der Parteileitung der Reichssozialisten über eine gerechte Verteilung der Kandidaten auf beide Parteien und ein geschlossenes Vorgehen im Wahlkampf muß erzielt werden. Sobald es die Verhältnisse gestatten, muß ein Parteitag einberufen werden, dem die Beschlußfassung über die wichtigsten taktischen Fragen überlassen bleiben muß.

Die Versammlung beauftragte den Vorstand des sozialdemokratischen Vereins U. S. P. D., die Richtlinien als Massenäußerung der Erfurter Genossen und Genossinnen der Zentralkommission der Partei in Verstoß zu übermitteln.

Dazu bemerkt die „Leipziger Volkszeitung“:

„Wir halten es für ausgeschlossen, daß die Erfurter Forderung nach Zusammengehen bei den Nationalversammlungsarbeiten mit den Abhängigen durchgeführt werden kann. Die Erfurter verkennen die schweren grundsätzlichen Differenzen. Vielleicht, daß in gewissen Kreisen eine Verbindung der Listen beider Parteien möglich ist — das wäre aber schon das Alleräußerste, was zu ertragen wäre.“

Aus dem Geistesleben des Sozialismus.

„Wenn eine sozialistische Partei sich mit einem Teil der Bourgeoisie verbindet und Regierungspolitik treibt, dann wird sie nicht nur die besten Streiter von sich abstoßen und zum Anarchismus oder Eigenbrödeli treiben, sondern sie wird sich auch einen ganzen Haufen von Bourgeois sehr zweifelhaften Wertes an die Fersen heften.“

Aug. Bebel

auf dem Amsterdamer Internationalen Kongreß 1904.

Verantw. Redakteur: C. Leid; Verleger A. Hoffmann; beide Berlin O. 27. Schillerstraße 5. Druck: Maurer & Dimmig, Berlin, Köpenicker Str. 35-38.